

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Ämtliches
Publikationsorgan



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 238

Donnerstag, den 9. Oktober 1924.

48. Jahrgang

Richtlinien für die Volksgemeinschaft.

Die Basis für die Regierungserweiterung.

Reichskanzler Dr. Marx hat den Reichstagsparteien am Mittwoch die angekündigten, von ihm aufgestellten Richtlinien für die Entscheidung über den Eintritt weiterer Parteien in die Reichsregierung überreichen lassen. Diese Richtlinien beinhalten:

1. Die Verfassung vom 11. August 1919 wird als rechtsverbindliche Grundlage des staatlichen Lebens anerkannt. Jeder Versuch, ihre Abänderung auf ungesetzliche, insbesondere gewalttätige Weise herbeizuführen, wird demgemäß als Hochverrat zu verfolgen und zu bestrafen sein.

2. Die Richtung der Außenpolitik wird in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die auf Grund derselben erlassenen Reichsgesetze sind loyal auszuführen, ebenso wie wir die lokale Durchführung des Abkommens von unseren Vertragspartnern erwarten. Die Regierung wird es sich angelegen sein lassen, die Auswirkung der übernommenen Verpflichtungen aufs sorgfältigste zu überwachen und die sich als notwendig erweisenden Änderungen zu erreichen. Die Aufnahme in den Völkerbund soll entsprechend der im deutschen Memorandum niedergelegten Auffassung erstrebt werden.

3. Bei der Lastenverteilung in Ausführung der bezeichneten Gesetze sollen die Maßstäbe der Wirtschaftsförderung und der sozialen Gerechtigkeit angewendet werden. Die bestehenden Finanzgesetze sollen nach diesen Gesichtspunkten durchgearbeitet werden.

4. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es betrachtet, die sozialen Leistungen dem Bedürfnis entsprechend zu steigern, sobald die finanzielle Lage des Reiches es irgendwie zuläßt.

Zum Schluß heißt es dann noch: „Wirtschaftspolitisch wird mögliche Steigerung der Produktion und des Nutzungsverbrauchs der Arbeit angestrebt werden, um die internationale Kredit- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, wie sie insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Reparationsbelastung unerlässlich ist. Ausgehend vom Grundsatz der wirtschaftlichen Freiheit werden staatliche Eingriffe nur insoweit in Betracht kommen, als sie notwendig erscheinen, um eine wirtschaftsschädliche Unterdrückung der Wirtschaftsfreiheit von anderer Seite abzuwehren. Bei Lösung der bevorstehenden außenhandelspolitischen Aufgaben wird mit der Stärkung der inländischen Produktion gleichzeitig auf die mögliche Förderung der Ausfuhr auf dem Boden der Gegenseitigkeit und Meistbegünstigung und die tüchtigste Schonung des Verbrauchs hingearbeitet werden.“

Entschließung der Zentrumsfraktion.

Die Zentrumsfraktion hat sich als erste mit diesen Richtlinien befaßt und dazu folgende Entschließung angenommen: „Die Zentrumsfraktion des Reichstags hält fest an ihrer Überzeugung, daß nur ein in seiner Einheit geführtes Volk Deutschland retten, der durch die Annahme des Londoner Abkommens geschaffenen gesamtpolitischen Lage gerecht werden und die uns auferlegten schweren Lasten unter tätiger Mitwirkung aller schaffenden Kräfte der Arbeit und der Wirtschaft tragen kann. Auch das ersehnte Ziel der alsbaldigen völligen Befreiung der besetzten Gebiete ist auf diesem Wege am besten zu erreichen.“

Die Zentrumspartei unterstützt daher nachdrücklich die auf dieser Grundfassung beruhenden Bemühungen des Reichskanzlers Marx, die bestehende Koalition durch Hinzuziehung aller zu aufbauender Mitarbeit bereiten Parteien von rechts und links zu verbreitern und dadurch eine stark gesicherte Regierung zu schaffen. Die Zentrumspartei erwartet von der Vaterländischen Gesinnung und der Staatsverantwortung aller zur Mitwirkung berufenen Parteien bestimmt, daß sie sich unter Zuriichhaltung jeglicher Parteiinteressen der dem Volksganzen dienenden Arbeitgemeinschaft zum Wiederaufbau des Vaterlandes anschließen.“

Die Deutsche Volkspartei

hat folgende Entschließung gefaßt: „Der Standpunkt der Deutschen Volkspartei in der Frage der Regierungserweiterung ist bekannt. Er hat sich nicht geändert. Die Richtlinien der Reichsregierung erkennt die Fraktion als eine tragbare Grundlage für Koalitionsverhandlungen an. Sie billigt einmütig das Verhalten ihrer Unterhändler und ersucht sie, auf eine beschleunigte Lösung der Frage der Regierungserweiterung hinzuwirken.“

Das Verlangen der Volkspartei auf schnelle Entscheidung ist um so notwendiger, als die Politik des Reichskanzlers offenbar dahinzielt, die Verhandlungen über Einzelfragen möglichst hinauszuziehen und zunächst mit dem Ministerkabinet vor dem Reichstag zu treten. Er hofft offenbar, daß sich aus den parlamentarischen Verhandlungen, die sich zuerst auf die

Auswertungfrage, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens und die Frage eines Eintritts Deutschlands in den Völkerbund sowie auf die Zollfragen erstrecken werden, Einigungsmöglichkeiten entweder mit der Rechten und mit der Linken oder mit rechts oder mit links ergeben, aus denen sich dann festere Grundlagen für eine Erweiterung des Kabinetts entwickeln könnten.

Der deutschnationale Beschluß.

Berlin, 8. Oktober. Um 5 Uhr trat die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei zusammen. Die Beratungen der Fraktion dehnten sich bis gegen 10 Uhr abends aus. Dann wurde nachstehender Beschluß gefaßt:

„Der Vorschlag des Herrn Reichskanzlers entspricht weder den bisherigen Forderungen der Deutschnationalen Volkspartei, noch den uns gegebenen Zusicherungen, deren Erfüllung wir nach wie vor erwarten.“

Nachdem indessen der Herr Reichskanzler den Gedanken der Volksgemeinschaft in den Vordergrund gestellt hat, erklären wir, daß gerade auch die Deutschnationale Volkspartei stets für Volksgemeinschaft eingetreten ist. Wir verstehen darunter eine Gesinnungsgemeinschaft, die in der Zusammenfassung aller auf christlichem, nationalem und sozialem Boden stehenden Volksträfte besteht.

Demgemäß setzen wir voraus, daß Sicherungen dafür geschaffen werden, daß alle an der vorgesehene Gemeinschaft beteiligten Parteien sich zu folgenden Zielen bekennen:

1. Christliche Jugendbeziehung und christliche Kultur als Grundlage des Staatslebens,

2. Unter Ablehnung des die Volksgemeinschaft verneinenden Klassenkampfes und unter Sicherung der Koalitionsfreiheit die Bekämpfung jedes, den Arbeitsfrieden bedrohenden Terrors und die Förderung der Arbeitsgemeinschaft bei voller Wahrung der sozialen und politischen Gleichberechtigung des Arbeitnehmers,

3. Anerkennung und weitere amtliche Verfolgung der Regierungserklärung vom 28. August über die Nichtschuld Deutschlands am Kriege.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion billigt das bisherige Verhalten ihrer Unterhändler und ermächtigt sie, in Erneuerung des am 29. September erteilten Auftrags zu weiteren Verhandlungen über die Regierungsbildung an der Hand der vorgelegten, im einzelnen noch zu erörternden Richtlinien die Demokraten gegen eine Regierungsänderung.

Berlin, 8. Oktober. Die heutige Fraktionsitzung der Deutschen Demokratischen Partei war gegen 5 Uhr zu Ende. Die Fraktion hat folgende Entschließung gefaßt:

„Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei hält eine Aenderung der Regierung in der jetzigen politischen Lage nicht für erwünscht. Die Lösung wichtiger Aufgaben, deren Bearbeitung von der Regierung eingeleitet worden ist und das Bedürfnis von Volk und Wirtschaft nach ruhiger Weiterentwicklung erfordern zurzeit die Vermeidung einer Regierungskrise. Sollte eine Aenderung der Zusammenfassung der Regierung durch die Haltung anderer Fraktionen sich nicht vermeiden lassen, dann würden wir gemäß dem Vorschlag des Kanzlers einer nach rechts und links erweiterten Regierung unsere Unterstützung nicht versagen.“

Der Beschluß der Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratische Fraktion hat in ihrer Sitzung am Mittwoch die bisherige Haltung der Unterhändler einmütig gebilligt und hat sie ermächtigt, in demselben Sinne weiter zu verhandeln. Falls die „Volksgemeinschaft“ nicht zustandekommt, will man angeblich Auflösung des Reichstags.

Preussischer Landtag.

Berlin, 8. Oktober.

Das Haus setzt die Beratung des Haushalts des Innenministeriums, und zwar die allgemeine Besprechung der Angelegenheiten der Polizei, fort. Abg. Prella (Hannoveraner) erklärt: Heute wird von oben her die Polizei benutzt, um die freie Meinung der ansässigen Bevölkerung in Hannover zu vergeblich zu machen. Abg. Wartels-Hannover (Dem.): Mit der Neuorganisation der Polizei sei ein großes Werk zustande gekommen. Nebner geht auf den Fall Haarmann ein. Die Untersuchung müsse mit allem Nachdruck geführt werden.

Minister Sebering erklärt: Auch ich bin mit den Vorrednern der Meinung, daß die Polizei ihre große Aufgabe der Sicherung im Einzelnen und des Staatsganzen nur erfüllen kann, wenn sie wirtschaftlich gut gestellt ist. Bei meinen Bemühungen um eine zufriedenstellendere Gestaltung des Etats für 1925 werden mir Äußerungen aus dem Hause eine wertvolle Stütze sein. Einen Beweis dafür, daß die Polizei zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht worden sei, hat der Abgeordnete Prella nicht erbracht. Ich spreche allen Polizeiorganen, die ihre Pflicht getan haben, den Dank und die Anerkennung

der Staatsregierung aus. Ich habe in den letzten Tagen Anweisung gegeben, der welfischen Agitation noch schärfer als bisher gegenüberzutreten. Bei Hungerrevolten habe die Schutzpolizei Anweisung, nach erfolgter gütlicher Aufforderung zum Auseinandergehen scharf einzuschreiten. Die Koalitionsfreiheit der Beamten aufzuheben, bin ich nicht in der Lage; aber Auswüchse können natürlich nicht geduldet werden. Eine Zulage für Beamte, die mit dem Etat nicht in Einklang steht, ist in Preußen nicht erfolgt.

Ich bin der letzte, der monarchistische Bestrebungen unterstützt, wo sie gefährlich werden, schreite ich ein. Der Vorwurf, ich unterhalte eine Mörderzentrale im Innenministerium, ist so ungeheuerlich, daß es sich nicht lohnt, darauf einzugehen. Das Vorgehen der Polizei bei der Überwachung von Versammlungen decke ich, aber die Handlungsweise des Stralunder Regierungspräsidenten in der Angelegenheit Greifswald kann ich nicht als richtig bezeichnen. Die Schutzpolizei hat bei jeder Gelegenheit ihre Pflicht getan.

Im weiteren Verlauf der Sitzung stellt Sebering fest, daß Abgeordneter Dahlem selbst ausgeführt habe, daß Einzelfälle von Mißhandlungen durch Schutzpolizisten nicht verallgemeinert werden dürfen. Er verurteile die Mißhandlung Gessengener durchaus. Die Schutzpolizei sei nicht etwa zum Schutze der Kapitalisten da, sondern zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Bei Lohnbewegungen habe die Schutzpolizei keinesfalls Stellung für und wider zu nehmen. Daß Haarmann mit Menschenfleisch gehandelt habe, daß er Beamte traktiert habe, ist bisher nicht bewiesen. Zur Amtsenthebung der Behördenleitung liegt kein Grund vor.

Damit schließt die Aussprache. Das Ministergehalt wird gegen Deutschnationale und Kommunisten bewilligt. Es folgt die Einzelberatung, in der Ministerialrat Abegg mitteilt, daß eine Novelle zum Polizeikostengesetz bereits im Ausschuss behandelt werde. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag.

Macdonalds Verteidigung.

Rechenschaftsbericht vor der Arbeiterpartei.

In London ist die Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei zusammengetreten, um zur innerpolitischen Lage Stellung zu nehmen. Diese Gelegenheit benutzte Ministerpräsident Macdonald, um in einer langen Rede die bisherige Politik der Arbeiterregierung zu verteidigen. Er betonte u. a.:

Ich bin der Meinung, daß wir Erfolge gehabt haben. Zum Teil war die Tätigkeit der Arbeiterregierung — z. B. in der Arbeitslosenfrage — nur Flickwerk. Die Arbeitslosigkeit konnte bisher nicht beseitigt werden. Aber keine Regierung hat bisher mehr für die Unterstützung der Arbeitslosen getan, als die Arbeiterregierung. Der nächste Haushalt, den die Arbeiterpartei vorlegen werde, werde das im letzten Haushaltsplan begonnene gute Werk fortführen. Das zweite Budget, das die Regierung vorlegen werde, werde den beiden anderen Parteien gefährlich werden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede kam Macdonald auch auf die auswärtige Politik und Deutschland zu sprechen, wobei er merkwürdige Ansichten äußerte. Er meint, England müsse für eine gewisse Zeit mit einem erheblichen Druck des deutschen Exports rechnen. Dann aber sagt Macdonald: Wenn eine Arbeiterregierung in Paris gewesen wäre, so würden die Reparationen ganz anders ausgefallen sein. Jetzt aber benutzen die deutschen Arbeitgeber die Tatsache, daß die Reparationen bezahlt werden müßten, dazu, die Löhne zu kürzen und die Arbeitszeit zu verlängern. Sie trieben die deutschen Arbeiter damit tiefer in die Sklaverei hinein. Die ganze Gewerkschaftsbewegung sei moralisch verpflichtet, den deutschen Gewerkschaften zu helfen, denn solange wie die Verschlechterung der sozialen Lage in Deutschland, die eine Folge der Münchenerträge und der Ruhrbesetzung sei, andauere, würde auch der niedrige Standard in der Industrie die Lebenshaltung in jedem Konkurrenzlande bedrohen.

Wortstoß der Opposition.

Aber auch die Opposition ist schon in den Wahlkampf eingetreten. Für die Liberalen tat es Lloyd George mit einer Rede in Leicester, in der er die Regierung Macdonald scharf kritisierte. Er erklärte dabei u. a., er sei nicht sehr begeistert von der Anleihe für Deutschland, aber wenigstens garantiere die Regierung nicht die Anleihe wie im Falle des russischen Vertrages.

Der konservative Chamberlain hegt große Sorge für die Zukunft der englischen Industrie. Er fürchtet nämlich, daß Deutschland, um seine Reparationen zu zahlen, in einen Wettbewerb mit England treten werde, der schärfer würde als jeder bisherige. Sei man denn sicher, daß man dadurch, daß man Deutschland auf die Beine helfe, nicht England auf den

Rücken werfe? Die Unionisten besaßen sich vor, die Mac-Kenna-Abgabe wieder aufzunehmen und eine neue und bessere Industriekontrollvorlage einzuführen.

Aufwertungsfragen.

Leitfäden.

Der Aufwertungsaußschuß des Reichstags hat sich wieder einmal mit diesem außerordentlich komplizierten Problem befaßt. Zu irgendeinem Entschluß ist es auch diesmal noch nicht gekommen. Von Interesse sind jedoch die Leitfäden, die der Zentrumsabgeordnete Reichler dem Ausschuß vorlegte und in dem folgenden Weg empfohlen wird:

Die noch ausstehenden Anleihen des Reiches und der Länder (ohne die Reichseisenbahn-Anleihen) beziffern sich auf rund 60 Milliarden nominal. Von diesen 60 Mill. soll das Reich zunächst 30 Mill. zu treuen Händen einziehen. Die Anleihebesitzer werden registriert, ihre Ansprüche bleiben bestehen, über die Befristung wird aber erst entschieden, wenn die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches es gestattet. Die im Publikation verbleibenden 30 Milliarden werden mit 0,5 Proz. verzinst. Da der Zinsgenuss am 1. Juli 1924 beginnen soll und die Zinsen erstmalig am 1. Januar 1925 bezahlt werden, so ist ein Betrag von 75 Goldmillionen erforderlich. Die Anleihe würde dadurch bei dem jetzigen Reichsbankdiskont einem Kurswert von 5 Prozent entsprechen, der sich mit 10 Prozent verzinst. Die Zinsen sollen durch eine einmalige Wertzuwachssteuer aufgebracht werden, die im Durchschnitt 30 Proz. der Anleihe, also 15 Milliarden nominal betragen soll; auf diese Weise würde das Reich in die Lage versetzt, den Zinsendienst in Höhe von 0,5 Prozent mindestens 6 Jahre lang bestreiten und weitere Mittel für die soziale Fürsorge zugunsten bedürftiger Anleihebesitzer bereitzustellen zu können, ohne die Reichskasse mit neuen Steuern zu belasten. Eine Aussprache über diese Leitfäden hat noch nicht stattgefunden, soll vielmehr erst später erfolgen. Angenommen wurde vom Ausschuß ein Antrag Herat, in dem die Regierung um Aufhebung darüber gebeten wird, inwieweit die Gemeinden mit einer Aufwertungssteuer belegt werden können, um Mittel für die Reichsanleihe-Aufwertung zu beschaffen, und inwieweit die Industrie im Wege der Freiwilligkeit ihre Obligationen über den Aufwertungsatz von 15 Prozent hinaus bisher zurückgezahlt hat.

Die Eroberung Antwerpens.

Zum 9. Oktober 1914.

Antwerpen an der Schelde, das mit seinen Vororten über 400 000 Einwohner zählt, ist die stärkste Festung und der wichtigste Kriegs- und Handelshafen von Belgien. Die Stadt hat wiederholte Belagerungen durch die Spanier, Engländer und Franzosen zu überstehen gehabt und ist bis zur Jahrhundertwende durch den belgischen Ingenieurgeneral Brialmont zu einer modernen Festung mittels Neuanlage von doppelten Fortsätzen ausgebaut worden. England hatte zeitweise dagegen Einspruch erhoben, aber dann denselben auf Grund geheimer Abmachungen fallen lassen.

Antwerpen war das Sprungbrett für eine feindliche Invasion in England genannt worden, und man beschloß daher in England, an der Verteidigung der für uneinnehmbar gehaltenen Stadt gegen die Deutschen teilzunehmen. Der damalige englische Marineminister Churchill behauptete, daß er die Stadt halten werde, und ging mit einer militärischen Expedition nach Antwerpen ab, in das sich auch König Albert von Belgien mit einem starken Teil seiner Truppen geworfen hatte.

Die deutsche Heeresleitung konnte diesen großen Waffensplatz nicht in ihrem Rücken liegen lassen, und es wurde ein Belagerungskorps unter dem Kommando des Generals v. Beseler gebildet. Der belgische König unternahm Anfang September von Antwerpen aus Vorstöße in die Gegend von Löwen und Brüssel, wurde aber stets mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Am 5. September begann der Vormarsch gegen die Scheldestadt, und am nächsten Tage wurde das 20 Kilometer vor Antwerpen gelegene Dendermonde genommen. Die Bel-

Schuldbeladen.

Roman von Heinrich Liaden.

7. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten)

„Ja, Melitta, ich wußte, daß ich mich nicht geirrt hatte. Hier also sehen wir uns wieder — nach sechs langen Jahren.“
„Sind Ihnen diese Jahre so sehr lang erschienen?“
„Ja, denn ich habe Sie gesucht.“
„Ach, in der Tat? Nachdem Sie mich länger als ein Jahr ignorierten?“
„Um Ihnen dieses Mißverständnis aufzuklären, Melitta, bin ich während einer Reihe von Jahren von Stadt zu Stadt gereist, Sie suchend. Es gibt nicht viel Theater und Singspiele auf dem Kontinent, die ich nicht besucht habe.“
„Ich singe schon seit Jahren nicht mehr.“
„Ich ahnte das. Geseht Ihnen das Bühnenleben nicht mehr?“
„Das war nicht der Grund — aber ich bin verheiratet.“
Edehagen wandte ihr mit ziner schnellen Bewegung, wie erschreckt, das Gesicht zu. Dann blickte er vor sich nieder und schwieg längere Zeit.
„Darf ich hoffen, gnädige Frau, daß Sie in der Ehe ihr Lebensglück gefunden haben?“ fragte er dann nach einer Weile mit etwas belegter Stimme.
Die junge Frau hob mit einer stolzen Bewegung den Kopf, doch wandte sie das Gesicht ein wenig zur Seite.
„Die persönlichen Ansichten über das, was man Lebensglück nennt, sind sehr verschieden. Ich habe keinen Grund zur Klage.“
„Mein Gott, was durste ich mehr erwarten? Ich denke, eine simple Singspiel-Sängerin hat kein Recht, bei Verteilung der Glücksgüter allzu hohe Erwartungen zu hegen.“
„Sie sind verbittert, Melitta, und das bestärkt mich in meiner Annahme, daß Sie nicht glücklich sind. Wollten Sie nicht einem alten Freunde Ihr Herz öffnen?“
Die junge Frau blickte ihrem Begleiter voll ins Gesicht, zum erstenmal während ihres gemeinsamen Spazierganges, doch mit kühl abweisendem Ausdruck.
„Was berechtigt Sie, Herr Edehagen, eine Weiche von mir zu fordern? Ich habe Sie nie gesucht und daß wir uns hier zufällig treffen — das — entspricht nicht meinem Wunsch.“

aier suchten den deutschen Marsch mit allen Mitteln zu hemmen, sie durchstachen die Deiche und setzten im Gebiet von Mecheln 70 Quadratkilometer Land unter Wasser.

Die Ueberbrennung konnte den Anmarsch der Deutschen verzögern, aber nicht aufhalten, wir kamen immer näher, und am 28. September konnten die schweren Belagerungsgeschütze das Feuer gegen die äußeren Forts eröffnen. Die Besatzung verstärkte ihre Vorstöße, aber alle Angriffe prallten an der deutschen Verteidigungslinie ab, und am 1. Oktober wurde das erste Fort der äußeren Verteidigungslinie erobert, dem in den nächsten Tagen die anderen folgten.

Um an die Forts der 2. Reihe und an die Stadt selbst heranzukommen, mußte aber noch der sehr schwierige Kerbe-Abchnitt überwunden werden, was unserer Infanterie unter stärkstem feindlichen Feuer am 6. und 7. Oktober gelang. Am 8. Oktober erfolgte die Beschichtung der inneren Forts, von denen am 9. Oktober zwei den Kampf einstellen mußten, und am Nachmittag dieses Tages wurde das „uneinnehmbare“ Antwerpen selbst nach Ueberwindung eines letzten Widerstandes besetzt. König Albert von Belgien und der englische Minister Churchill waren schon vorher geflohen. Die Besatzung versuchte, sich nach Frankreich durchzuschlagen, was aber nur einem kleinen Teil gelang. 4000 Mann wurden gefangen genommen, 20 000 Belgier und 2000 Engländer wurden nach Holland gedrängt und streckten dort die Waffen.

Die Kriegsbeute war sehr groß. 500 Geschütze, unübersehbare Massen Kriegsmaterial und Munition, Lokomotiven, Automobile, Getreide, Wolle, Kupfer fielen in unsere Hand.

Ein Staunen ging über den ganzen Erdball, als der Draht den Fall von Antwerpen verkündete, der zweitgrößten Festung der Welt. Ein Wunder schien geschehen. Und wie so oft im langen Weltkriege, so war auch hier unmöglich Erscheinendes zur Tat geworden. Die Festung mit den modernsten Einrichtungen, verteidigt von 6 belgischen Divisionen und 3 englischen Brigaden, war von 4 deutschen Divisionen und 2 Brigaden genommen — und dies binnen 12 Tagen.

Im Telegramm S. M. des Kaisers an den General von Beseler stand:

„Es ist Ihr und Ihrer waderen Truppen hohes Verdienst, eine der größten und stärksten Festungen der Welt in kurzer Zeit bezwungen zu haben.“

Dank und Ehre daher noch einmal am 10. Jahrestage den Helben, die uns ein „Antwerpen“ beschert haben, dies unvergängliche Ruhmesblatt in der Geschichte unserer alten, herrlichen Armee!

Fünfzig Jahre Weltpostverein.

Zum 9. Oktober 1924.

Am 9. Oktober 1874 krönte unser großer Landsmann, der am 7. Januar 1831 zu Stolp geborene Generalpostmeister des Deutschen Reiches, Heinrich von Stephan, sein Lebenswerk durch den Abschluß des Weltpostvereins zu Bern. Will man die Größe dieser Tat voll würdigen, so muß man bedenken, welchen hartnäckigen Widerstand von jeher die in unserer Volksschar liegende Eigenbröckerei und Kleinstaaterei allen Einigungsbestrebungen entgegensetzte. Eine Briefbeförderung, in der man die Anfänge der heutigen Post sehen kann, ist uns seit Beginn des 16. Jahrhunderts bekannt. Vorher war man auf besondere Einzelboten, den Staatsrelaisdienst (dem aber meist bei Todesstrafe die Mitnahme von Privatbriefen verboten war) und den Botendienst der Kaufmannskorporationen angewiesen. Den Bedürfnissen des lebhaft gesteigerten Verkehrs von Land zu Land kamen unternehmungslustige Privatleute entgegen, indem sie auf Grund von Einzelverträgen regelmäßige Postverbindungen einrichteten. Allen Briefmarkenfamilien bekannt ist die Post der aus Bergamo stammenden Familie Taris, die schon im 15. Jahrhundert im Relaisdienst tätig war. Da sie sich auf die habsburgisch-spanische Weltmonarchie gründete, konnten Einzelstaaten und Städte wegen ihres demgegenüber kleinen politischen Machtbereichs mit ihr nicht in Wettbewerb treten.

Mit der wachsenden Selbstständigkeit der Landesfürsten wurden die Taris'schen Posten mehr und mehr beschränkt und

Edehagen schwieg einen Moment.

„Ich bedauere tief,“ sagte er dann ruhig, „daß Ihr Gefühl bei diesem unerwarteten Wiedersehen so wenig der Freude gleichkommt, die ich darüber empfinde. Das ist für mich ein Beweis, daß Sie über die Vorgänge der damaligen Zeit völlig im Unklaren sind. Ich werde darum nicht von Ihrer Seite weichen, ehe Sie mir erlaubt haben, Ihnen in irgend einer Form, mündlich oder schriftlich, eine Darstellung dieser Vorgänge zu geben.“

„Ich interessiere mich nicht dafür.“
„Das ist möglich; aber ich verlange von Ihrem Gerechtigkeitsgefühl, daß Sie meine Verteidigung hören.“

„Es klagt Sie niemand an.“
„Aber Sie können nicht leugnen, daß es eine Zeit gegeben hat, da unsere Seelen sich in gleichen Gefühlen begegneten. Heute weisen Sie mich von sich wie Ihren grimmigsten Feind. Also steht etwas zwischen uns, ein Mißverständnis, ein Verdacht, eine Verleumdung — gleichviel was. Und diesen jüsteren Schatten hinwegzuräumen ist mein Wunsch. Und im Andenken an die seligen Stunden, die wir vor Jahren verlebten, bitte ich Sie, sträuben Sie sich nicht gegen das, was die Gerechtigkeit fordert.“

In das Gesicht Melittas flog ein schwaches Rot. Kurze Zeit schritt sie schweigend neben ihrem Begleiter her.
„Gut, ich werde Ihnen in den nächsten Tagen Gelegenheit geben, mich sprechen zu können. Geben Sie mir Ihre Adresse, damit ich Ihnen den Zeitpunkt der Unterredung mitteilen kann.“

Edehagen schrieb seine Adresse auf eine Visitenkarte.
„Und Sie werden Wort halten, Melitta?“ fragte er eindringlich.

„Wenn es mir möglich ist — gewiß. Aber — ich habe Rücksichten zu nehmen.“

„Ach so — Sie haben Familie!“
„Wenn Sie Kinder meinen — nein, die habe ich nicht. Aber — mein Gatte — gleichviel — Sie werden Nachricht erhalten. Leben Sie wohl.“

„Noch eins, Melitta! Darf ich den Namen Ihres Gatten wissen?“

Die junge Frau überlegte. Dann zog sie aus ihrem Handtäschchen eine Karte hervor, gab sie ihm und schritt dann eilig weiter. Edehagen, der stehen geblieben war, warf einen Blick auf das Kärtchen — dann stieß er einen Ausruf der Verwun-

Staatsposten eingerichtet, bis 1867 Preußen unter dem Postmeister Stephan die völlige Vereinfachung der Thür- und Sächsischen Post gelang. Unter den deutschen Landesherren war es der Große Kurfürst, der als erster die Ordnung des Landespostwesens in die Hand nahm und 1646 die braunenburgisch-preussische Post, den Anfang der heutigen deutschen Reichspost, gründete.

Noch in der nächsten Hälfte des 19. Jahrhunderts war durch das Nebeneinanderbestehen der Staats- und Privatposten das Postwesen außerordentlich zersplittert und in seiner arbeitsamen Entwicklung gehemmt. Der gesteigerte Verkehr forderte aber zusehends eine Vereinheitlichung des Postwesens. Im deutsch-österreichischen Postvereinsvertrag von 1850 gelang es endlich, die 16 vereinzelten Verwaltungen zu einem einzigen Postgebiete zusammenzufassen. Die weitere Entwicklung ging nun mit der politischen Einigung Deutschlands Hand in Hand.

Die Seele dieser Bestrebungen war Stephan. Als Deputierter der Auslandsabteilung schloß er in den Jahren von 1863 bis 1869 Postverträge mit Belgien, den Niederlanden, Spanien und Portugal, Schweden, Norwegen, der Schweiz, Italien und dem Kirchenstaat, den süddeutschen Staaten, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg. Mit dem 1. Januar 1868 schuf er eine einheitliche Postanstalt für den Norddeutschen Bund und führte den Einheitstarif von 1 Silbergroschen für den Brief ein, der heute noch — oder wieder — gilt. Als Generalpostmeister des neuen Deutschen Reiches trug er wesentlich zur Förderung der Weltstellung Deutschlands bei, indem er unter Zurückdrängung aller partikularistischen und bürokratischen Bedenken und großzügiger Ruhmarmachung aller technischen Fortschritte einmal die inländische deutsche Post musergültig ausbaute und zum andern größtes Gewicht auf die Schaffung eines leistungsfähigen Auslandsdienstes legte. Dem stand häufig die unherzige Verkehrspolitik mancher Staaten entgegen; denn bei vielen Postverträgen kam es weniger auf Erleichterung des Verkehrs als auf Erlangung möglichst hoher Portionanteile an. Stephan suchte den von ihm im inneren Verkehr besorgten Grundfäden auch im Auslandsverkehr Geltung zu verschaffen.

Nachdem der Pariser Postkongress von 1863 erfolglos verlaufen war, betrieb er seit 1868 die Gründung eines allgemeinen Postvereins. Im Jahre 1873 lud das Deutsche Reich unter Ueberwindung des Stephan'schen Entwurfs für einen Weltpostvertrag alle europäischen Staaten und Amerika zu einem Kongress nach Bern ein. Und die Frucht dieser Verhandlungen war der Allgemeine Postvertrag vom 9. Oktober 1874, der 1878 in Paris zum Weltpostverein erweitert wurde und dessen Zentrale das Internationale Büro des Weltpostvereins unter Leitung der Schweizer Postverwaltung ist. Damit war ein völkerechtlicher Vertrag aller Kulturländer zur einheitlichen Regelung des Postverkehrs geschaffen. Die dem Weltpostverein angehörenden Länder bilden nunmehr ein einziges Postgebiet, in dem die Gebühren und Verkehrsvorschriften einheitlich geregelt werden. Was das bedeuten will, kann man ersehen, wenn man sich dessen erinnert, daß allein zwischen den deutschen Staaten gegen 100 Postverträge mit etwa 2000 verschiedenen Briefstufen bestanden hatten. Um so mehr können wir stolz sein auf das gewaltige Lebenswerk unseres großen Landmannes Stephan.

Vermischtes.

Die Bedeutung des deutschen Rundfunks. Auf dem ersten deutschen Radiokongress machte Staatssekretär Dr. Brebow interessante Ausführungen über die Bedeutung des Rundfunks. Durch den Versailler Vertrag haben wir unsere gesamten Nachbarverbindungen verloren. Die Funkentelegraphie ist die einzige Möglichkeit, uns mit den überseeischen Ländern zu verbinden. Nie seit dem Bestehen der Technik ist eine Erfindung so schnell in die Allgemeinheit übergegangen, wie der Rundfunk. Wir haben in Deutschland bereits 250 000 Rundfunkteilnehmer, davon in Berlin allein 120 000. Die tägliche Steigerung beträgt in Deutschland annähernd 2000 Mann. Man kann also sagen, daß etwa 1 Million Deutscher augenblicklich den Rundfunk hören. Diese Zahl wird sich in einem Jahre mindestens verdoppelt haben. Im deutschen Volke macht sich jetzt ein Bildungse-

derung aus und blickte der Davonschreitenden nach, die, ohne umzublicken, in die Norfolk-Street einbog. Abermals las er die Karte, dann ging er langsam und mit nachdenklicher Miene seinen Weg zurück.

Auf der Visitenkarte standen die Worte: „Melitta Strateau-Korning.“

Zum Erstaunen der wenigen, die es wußten, wohnte das Ehepaar Strateau nicht etwa in einem Hotel, sondern in einem kleinen Hause in der Nähe des Wellington-Platzes. Obgleich das Haus im Villenstil gebaut war, machte es doch einen recht unfreundlichen, ja düsteren Eindruck. Es lag mitten in einem Garten, unter einer dichten Gruppe von hohen Bäumen halb verdeckt. Nur nach einer Seite gewährte eine schmale Lichtung in dem Baumkranz einen freieren Ausblick — und zwar auf den stillen, melancholisch-müden St. Johns-Friedhof.

Ein feiner Regen rieselte hernieder und von dem humiden, reichen Boden wachte ein dusterer grauer Nebel empor. An dem weitgeöffneten Fenster der ersten Etage, von wo halb verdeckt Friedhof blicken konnte, saß die junge Frau Melitta Strateau. Ihre feinen Hände ruhten mühsig im Schoße und ihre umflorten Augen blickten mit verträumtem, etwas düsterem Ausdruck in die dunstige Ferne, aus der sich in undeutlichen Konturen die dunklen Zypressen und weißen Grabmonumente des Friedhofes abhoben.

Der jungen Frau schräg gegenüber hockte ganz zusammengekauert in einem großen Lehnstuhl ein Mann, überaus von Statur, mager und sehnig, mit einem gelblichen, charakteristisch häßlichen Gesicht, aus dem tiefliegende, schwarze flackernde Augen hervorleuchteten.

Lange schon ruhten diese Augen auf dem bleichen, etwas verärrämten Gesicht des jungen Weibes, dann glitten sie langsam an der schlanken Gestalt hinab und wieder hinauf.

Und wieder vergrub sich der düster flackernde Blick des bleichen Menschen in den feinen Linien des Frauen-Antlitzes — und immer finsterner wurde seine Miene.

„Melitta!“

Die junge Frau schrak ein wenig zusammen unter dem plötzlichen rauhen Laut. Langsam wandte sie ihren Kopf dem Mann zu und ihr Gesicht nahm den Ausdruck eines leisen Fremden an.

Fortsetzung folgt.

hunger bemerkbar. Die endgültige Auswirkung des Mundjucks läßt sich heute noch nicht übersehen. Seit Gutenberg's Zeiten ist aber hier zum erstenmal die Mälichkeit geboten, geistige Werte an Unzählige gleichzeitig zu übermitteln. Der Mundfunk wird schon in einigen Jahren eine vollständige Umwälzung in unserem geistigen Leben zur Folge haben.

Die verunglückte Schwarzfahrt. Ein Kraftwagenführer aus Breslau unternahm mit zwei Fremden eine Autofahrt ohne Wissen des Eigentümers. Auf der Chaussee von Kletendorf nach Tinz prallte der Wagen mit voller Wucht gegen ein Auto, das ihm entgegenkam. Der Zusammenstoß war derartig heftig, daß der Breslauer Kraftwagen umschlug. Die drei Insassen wurden in weitem Bogen herausgeschleudert. Während der eine tot liegen blieb, wurde der andere schwer verletzt. Der Führer erlitt einen Armbruch. Die Insassen des zweiten Autos blieben unverletzt.

Verkauf eines Königsschlösses. Der sogenannte Wilhelmshaus an der Neckarstraße, der langjährige Wohnsitz des früheren Königs von Württemberg, ist aus dem Besitz seiner Tochter, der Fürstin Pauline zur Wied, durch Kauf an den württembergischen Sparkassen- und Giroverband übergegangen. Ein großes Schwindelgeschäft. In Ulm übernahm ein junger Bankbeamter, der aus angehobener Familie stammt, ein sehr gut gehendes Butter- und Käsegeschäft. Seine Waren bezog er aus Kempten mittels Schwindelaktzepten und verschleuberte sie. Von den Einnahmen kaufte er sich zwei Automobile, verschaffte sich die erforderlichen Papiere und mit 90 000 Goldmark ging er ins Ausland, angeblich nach Italien. Eine Anzahl kleiner Leute hat durch diese Schwindelereien ihr ganzes Vermögen eingebüßt.

Der spanische Kronprinz unter den Pariser Apachen. Der Kronprinz von Spanien, Prinz Alfonso von Asturien, hält sich zurzeit incognito in Paris auf. Ohne Begleitung hatte er sich in das Alt-Pariser Temple-Viertel begeben, um das Nachleben kennen zu lernen. Auf der Straße bot sich ein Fremdenführer an und ließ sich von dem Fremden in eine Wirtshaus führen, die nach seinem Eintritt von mehreren höchst fragwürdigen Gestalten sofort geschlossen wurde. Drei Leute in Matrosenkleidung bedrohten den Prinzen mit Revolvern. Dieser flüchtete an das Fenster, zerschlug es und schrie um Hilfe. Im gleichen Augenblick kam eine Polizeiradfahrerpatrouille herbei, der es nach Mühen gelang, den Prinzen zu befreien und zwei der Apachen festzunehmen.

Stadt. Kreis. Provinz.

Seinen 70. Geburtstag begeht am morgigen Freitag Herr Stadtkämmerer Max Zeige. Nachdem der Jubilar 40 Jahre hindurch ununterbrochen den städtischen Körperschaften zuerst als Stadtverordneter und sodann als Stadtrat angehört, wurde ihm bei seinem kürzlichen Ausscheiden in Anerkennung seiner hohen Verdienste um die Stadt Stolp der Ehrentitel Stadtkämmerer verliehen. Wenn an seinem morgigen Geburtstag dem hochverdienenden und allseitig verehrten Jubilar die Glück- und Segenswünsche dargebracht werden, so stehen wir mit in der ersten Reihe der Gratulanten, sieht uns doch der Jubilar als langjähriger Verleger und Leiter der „Stolper Post“ besonders nahe.

Schlecht behohnte Gutmütigkeit. An einen auswärtigen Handwerker, der mit seinem Fahrrad an der Erfrischungshalle am Kirchplatz stand, trat ein etwa 18-20jähriger junger Mann heran und bat, das Fahrrad einmal benutzen zu dürfen, da er sich auch eins kaufen wollte. Der Handwerker überließ dem Fremden das Rad, der einigemal langsam um den Kirchplatz fuhr, dann aber in schnellster Gangart über den Marktplatz nach der Langenstraße in der Richtung Fischmarkt zu das Rechte suchte. Der Dieb ist etwa 1,65 groß, schlank, blaß, er war mit blauer Schirmmütze, grauer Bluse, dunkler Hose und schwarzen Schnürschuhen bekleidet. Das Fahrrad (Marke Wanderer 1) hat schwarzen Rahmenbau, rote Griffe und neue graue Bereifung. Das hintere Schutzblech ist mit Draht besetzt.

Fahrraddiebstahl. Aus der Gastwirtschaft in Gambin ist in der Nacht zum 8. d. Mts. ein Fahrrad (Marke Götz Nr. 709 013) mit schwarzem Rahmen, hohem Lenker, grauer neuer Bereifung, gelben Felgen und Torpedofreilauf gestohlen worden.

Die leidige Schusswaffe. Ein auf einem Grundstück in der Bahnhofstraße spielender 9jähriger Knabe erhielt plötzlich eine Verletzung an der linken Hand. Es ergab sich, daß ein Leichtiggeschloß diese verursacht hatte. Die sofort ausgenommenen Ermittlungen ergaben, daß zwei Techniker in Abwesenheit ihres Arbeitgebers sich dessen Leichtig angeeignet und aus der Wohnung in die benachbarten Gärten angeblich nach Obst und anderen Sachen geschossen hatten. Dabei hatte ein Geschloß einen eisernen Müllbehälter getroffen, war abgeprallt und hatte dem Knaben die Verletzung verursacht. Die Waffe wurde polizeilich beschlagnahmt.

Falsches Kleingeld. Seit einigen Tagen wird in einer Stadt Hinterpommerns falsches Metallgeld in Zahlung gegeben. Eiserne 5- und 10-Pfennigstücke sind leicht überbrünert, so daß man die Fälschung nicht sofort bemerkt. Bei einer kleinen Reibung auf diesem Geldstück kommt das Eisen sofort zum Vorschein.

Aus dem Theaterbüro. Heute, Donnerstag, ist die Erstaufführung der deutschen Kleinstädter. Morgen, Freitag, wird nochmals mit großem Orchester (22 Mann) die erfolgreiche Operette „Frasquita“ wiederholt.

Stolpmünde. Antreiben von Holz. — An der ganzen Küste von Kolberg bis Wittenberge (polnische Grenze) werden jetzt vielfach Kammstämme (Rund- und Kanthölzer verschiedener Größe) seetristig geborgen. Die unbekannteren Berechtigten werden nach der Stromordnung aufgefördert, ihre Ansprüche spätestens bis zum 18. Oktober bei den Stromämtern Stolpmünde und Kolberg geltend zu machen.

Schlave. Ein Stahlhelmtag fand hier am Sonntag unter außerordentlich starker Beteiligung statt. 120 Formationen mit rund 2000 Mann, mit einer Fahnenkompanie, die 30 Fahnen mit sich führte, nahmen an der Veranstaltung teil.

Dr. Buddiger. Dem indischen Maharadscha, der mit seinem Kessen auf dem von Blumenthalschen Gute zum Jagdbesuch weilt, war Diana hold. Er konnte einen guten Hirsch, sowie einen Keiler schießen. Auch sein Kesse schoß einen Hirsch. Jetzt sind die exotischen Gäste mit ihrem indischen Diener und einem vom Hotel Adlon-Berlin gestellten englisch sprechenden Reiseführer nach Schweden gereist, um Elche zu schießen.

Belgard, 8. Oktober. Der Brand im Belgarder Rathaus am 2. Osterfesttag d. Js. war Gegenstand einer Schwurgerichtsverhandlung in Köslin. Angeklagt war der Polizeiführer Müller-Belgard mit seiner Frau, der im Rathaus wohnte

und seine Einrichtung hoch verschert hatte (50 000 Mark). Das Urteil lautete für Müller auf vier Jahre Zuchthaus, seine Frau erhielt zwei Jahre Zuchthaus.

Labes. Der verlorene Trauring. — Als vor vier Jahren die Frau des Schneidermeisters Schwahn hier zu Verwandten nach dem Dorfe Labes A ging, verlor sie ihren Trauring. In der vorigen Woche machte Frau Schwahn denselben Weg, als ihr der Hund eines Bekannten entgegenkam. Als sie den Hund streichelte, entdeckte sie an der Erde einen Ring; es war der ihrige.

Treptow a. d. Toll. Beerenvergiftung. — Unter schweren Vergiftungserscheinungen verstarb hier ein 3 Jahre altes Kind des Landwirts und Kinobesizers P. Wie verlautet, soll es nach dem Genuß von Nachtschattenbeeren erkrankt sein. Den hinzuzuzogenen Ärzten war eine Rettung unmöglich.

Handelsnachrichten.

Berliner Schlachtviehmarkt.

Bericht vom 8. Oktober 1924.

Amtlicher Bericht.

Auftrieb: Rinder 2097 Stück, darunter 560 Bullen, 660 Ochsen, 847 Kühe und Färse; Kälber 1775 Stück; Schafe 4675 Stück, Schweine 9009 Stück; Ziegen 10 Stück; — Ferkel: 1525 Auslandschweine *

	Preise Goldpf. für 1 Pfd. Lebendgewicht
I. Rinder:	
A. Ochsen:	
a) vollfleisch., ausgem., höchst. Schlachtw. ungef. 12. Weidem.	47-50
b) do. do. im Alter von 4-7 Jahren	40-44
c) junge, fleischig nicht ausgemäst. und ältere ausgemästete mäßig genährte junge, gut genährte ältere	36-38 32-35
B. Bullen	
a) vollfleischige, ausgewächs. höchsten Schlachtwerts	43-45
b) vollfleischige jüngere	38-40
c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	34-36
C. Färse und Kühe	
a) vollfleischige, ausgemäst. Färse höchsten Schlachtwerts	45-50
b) vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	38-42
c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färse	30-35 25-28
d) mäßig genährte Kühe u. Färse	18-22
e) gering genährte Kühe u. Färse	32-35
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser)	
II. Kälber.	
a) Doppellender feinsten Mast	98-107
b) feinste Mastlärber	85-95
c) mittlere Mast- u. beste Sauglärber	65-75
d) geringe Mast- u. gute Sauglärber	48-58
III. Schafe.	
A. Stallmastschafe:	
a) Mastlämmer und jüngere Masthämmer	48-55
b) ältere Masthämmer, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe	30-40
c) mäßig genährte Hammel u. Schafe (Merzschafe)	20-25
B. Weidemastschafe	
a) Mastlämmer	—
b) geringere Lämmer und Schafe	—
IV. Schweine.	
a) Fetteschweine über 3 Zentner Lebendgewicht	—
b) vollfleischige Schweine 240-300 Pfd. Lebendgewicht	88-90
c) vollfleischige Schweine 200-240 Pfd. Lebendgewicht	84-87
d) vollfleischige Schweine 160-200 Pfd. Lebendgewicht	79-83
e) vollfleischige Schweine 120-160 Pfd. Lebendgewicht	72-78
f) fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht	—70
g) Sauen	73-80
Ziegen	15-20

Marktverlauf. Bei Rindern ruhig. Bei Kälbern glatt. Bei Schafen ruhig. Bei Schweinen glatt.

Mittagsbörse (Amtlich.) Getreide und Cerealien per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Goldmark ab Station: Weizen 240-248. Mildebrotweizen —, Roggen 244-250. Weizen — Rom — Sommergerste 230-260. Futtergerste 210-225. Hafer 189-197. Korn —. Weizenmehl 34,75-37,50. Roggenmehl 34,75-37,50. Weizenkleie 14,75. Roggenkleie 13,25. Raps 380-385. Leinöl 440-450. Weizenbrot 34-38. Kleine Speisebrot 24-27. Futterbrot 19 bis 20. Weizenbrot 17-19. Ackerbohnen 20-22. Wicken 17-18. Lupinen, blaue 14-15, gelbe 16-19. Geradella alte 15-17, neue 20-24. Rapskuchen 15,50-15,80. Weizenkuchen 26-26,50. Trodenkuchen 11,20-11,50. Rohwertige Futterkuchen 22,00-22,25. Torfmelasse 30-70 9,30-9,50, Kartoffelflocken 19,75-20,00.

Stettiner Getreidenotierungen am 8. Oktober. Wegen des jüdischen Feiertages sind keine Notierungen vorgenommen worden.

Berliner Butternotierung. Berlin, 8. Oktober 1924. 1. Qualität 2,00, 2. Qualität 1,80, abfallend 1,45 Goldmark. Tendenz: fest.

Letzte Meldungen.

Die englische Antwortnote überreicht.

London, 8. Oktober. Die britische Antwortnote auf die deutsche Anfrage über die Bedingungen für den Beitritt zum Völkerbunde wurde heute abend in London dem deutschen Botschafter überreicht. Die Note gibt an, daß die Bedingungen von dem Völkerbunde und nicht von irgendeinem einzelnen Mitgliede des Völkerbundes aufgestellt werden müssen. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Deutschland dem Völkerbunde beitreten werde, und enthält die Erklärung, Deutschland würde keine Schwierigkeiten haben, einen Platz im Räte des Völkerbundes zu erhalten.

Die einzig mögliche Antwort.

Berlin, 8. Oktober. Die vereinigten Vaterländischen Verbände lehnen die Einladung Professor Baschs, mit ihm in einer Versammlung die Kriegsschuldfrage zu erörtern, in einer Erklärung ab, in der sie darauf hinweisen, daß Basch mit seinem Auftreten in Deutschland nur der französischen Propaganda diene. Der Schluß der Erklärung lautet: Die Vaterländischen Verbände Deutschlands empfinden es als ihrer unwürdig, sich mit einem Angehörigen des seit Jahrhunderten das deutsche Volk hassenden französischen Volkes über die Ehrenfrage des deutschen Volkes und den Pazifismus auseinanderzusetzen.

Um das Vermögen der Hohenzollern.

Berlin, 8. Oktober. Der Verfassungsausschuß des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Dienstag mit dem Antrag über die Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens des vormals preussischen Königshauses. Ein gleich zu Beginn gestellter Vertagungsantrag der Sozialdemokraten wurde abgelehnt. Nach mehrstündiger Debatte wurde dann der Entwurf mit 15 gegen 14 Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten und Kommunisten angenommen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Der Eisenbahnschaffner Otto Raug aus Stolp beabsichtigt auf seinem an dem Separationswege zur Kahlitzer Chaussee gelegenen Grundstück ein wirtschaftliches Geschäft zu erbauen und hat den Antrag auf Erteilung der Ansiedlungsgenehmigung gestellt.

Dieses Vorhaben wird gemäß § 13-16 des Ansiedlungsgesetzes vom 25. August 1876 mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß gegen den Antrag von den Eigentümern, Nutzungsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlussfrist von 21 Tagen bei der Polizeiverwaltung hier Einspruch erhoben werden kann, wenn der Einspruch durch Tatsachen begründet wird, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Ansiedlungen den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke gefährden werden. (§ 15 des Ansiedlungsgesetzes.)

Stolp, den 6. Oktober 1924.

Der Magistrat.

Genehmigung zur Beschäftigung ausländischer Landarbeiter für 1925.

Anträge auf Erteilung der Genehmigung zur Beschäftigung ausländischer Landarbeiter sind von den Arbeitgebern auf vorgeschriebenem Vordruck bei dem für den Arbeitsort zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis bis zum 31. Oktober d. Js. zu stellen. Später eingehende Anträge laufen Gefahr der Nichtberücksichtigung, da das auf Pommern entfallende Kontingent von Ausländern von der Reichsarbeitsverwaltung für 1925 voraussichtlich abermals herabgesetzt werden wird; die Bewilligung unterliegt für sie außerdem höherer Gebühr. Vordrucke für die Antragstellung werden vom zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis kostenlos abgegeben. Antragsstellung unmittelbar beim Landesarbeitsamt in Stettin verzögert die Bearbeitung zum Nachteil des Antragstellers. Besonders wird darauf aufmerksam gemacht, daß Ausländer lediglich für den Hackfruchtbau und hierbei auch nur in besonders begründeten Fällen zugebilligt werden können, soweit geeignete einheimische Arbeiter dafür nachweislich nicht zur Verfügung stehen. Weitere Auskunft über das Antragsverfahren usw. erteilt der öffentliche Arbeitsnachweis zu Stolp, Goldstraße 13.

Hut-Wiedenhöft

Nur Kirchplatz 9 neben der Post.

Täglich Eingang von Neuheiten

Das führende Spezialhaus.

Waffenreparaturen

aller Art, Neuschäftungen, Zielfernrohr-Montagen, Einlegen neuer Läufe, zum Schuß bringen schlechtgesch. Waffen werden von mir persönlich ausgeführt. Gleichfalls bringe ich mein Lager in Waffen und Munition in empfehlende Erinnerung.

Eugen Pastinak

Büchsenmachermeister, Stolp, Langestr. 25.

Wobinzel Tabletten bei Husten, Heiserkeit, Katarch

Ab Sonnabend, den 11. d. Mts. veranstalte ich einen

billigen Glas-Verkauf

Auf alle Waren während dieser Zeit **= 15% Rabatt =**

ausgenommen hiervon sind Original-Weck-Artikel und Lawn-Tennisbälle.

Ferner sind auf Tischen sehr billige noch extra herabgesetzte Artikel ausgelegt, welche ebenfalls netto ohne Rabatt sind.

=====
Hierunter einige Beispiele dafür:=====
=====

Kompotteller 9 ϕ , 15 ϕ , 20 \mathcal{R} , Glasschalen Satz 5 (Stück) 2,75, mit Füßen Satz (3 Stück) 1,90
 Große Schalen 50 ϕ , 65 \mathcal{R} , 75 \mathcal{R} , 90 ϕ , 1,25, 1,50 Wasserkaraffen mit Becher 55 ϕ , 75 \mathcal{R} Große Wasserflaschen 75 \mathcal{R}
 Butterdose zugleich Butterkühler 1,25, Glasvasen 20 ϕ , 25 \mathcal{R} , 35 ϕ , 90 \mathcal{R} , Kunstglasvasen in versch. Farben 45 \mathcal{R} , 65 ϕ , 85 \mathcal{R} , 1,15
 Bierkrüge mit Patentverschluss und Henkel 1 Ltr. 1,75, 1 1/2 Ltr. 2,25, 2 Ltr. 2,75, 3 Ltr. 3,50
 Bierbecher 20 \mathcal{R} , Tee- oder Wasserbecher 15 ϕ , 20 \mathcal{R} Glühwein- oder Bowlenbecher mit Henkel 50 \mathcal{R}
 Likörgläser 15 \mathcal{R} , 25 ϕ Weingläser 25 \mathcal{R} , 35 ϕ , 45 ϕ Sektgläser 35 ϕ , 45 \mathcal{R} , 65 \mathcal{R}

=====
einzelne Likör-, Wein- und Bierbecher 25 \mathcal{R} =====
=====

Sämtliche Waren sind ohne Fehler und ist hierdurch den Besitzern von Hotels, Gastwirtschaften usw. Gelegenheit geboten zum günstigen Einkauf.

Um für weitere Eingänge in meinen sämtlichen Abteilungen besonders **Spielwaren** und **Geschenkartikel** Raum zu schaffen, habe ich mich entschlossen **obigen Rabatt** zu geben, und biete dadurch meiner verehrten Kundschaft schon jetzt einen günstigen Einkauf für den Weihnachtstisch.
 Alle Preise verstehen sich während des billigen Verkaufs nur bei Barzahlung, und Umtausch ausgeschlossen.

Bitte beachten Sie meine II Schaufenster-Auslagen.

Adolf Otto (früher **Richard Haensch**) **Stolp i. Pom.** Gegr. 1885
 Fernruf 243.

Freiwillige Versteigerung.

Am Sonnabend, den 11. 10. 24 u. Montag den 13. vormittag von 10 Uhr ab und Nachmittag 2 1/2 Uhr ab werde ich infolge Auflösung des Hotelbetriebes Preußischer Hof Langestraße 62 folgende Sachen meistbietend versteigern:

Bettstellen mit Matratzen, Keilkissen, Auflagen, Ober- und Unterbetten, Nachttische und andere Tische, Waschoiletten mit Marmor, Spiegel, Kofferständer, Gardinen mit Stangen, Schreiftische, Bilder, Kleiderspinde, Sofas, Chaiselongue, elektr. Lampen, Tischdecken, Ziehdecken, Teppiche, Wasserkaraffen nebst Gläser, Waschservise, Handtuchhalter, Glas- u. Porzellansachen, Bettwäsche, Küchengerät, Eisschrank, sonstige Wirtschaftsmaschinen, Saalplatten, Fremden-tafel und dergleichen mehr.

Sicheren Abnehmern wird bei Abnahme größerer Posten Kredit gewährt.

Die Sachen können an den Tagen der Versteigerungen von 9 1/2 Uhr besichtigt werden.

Max Fied

gerichtl. vereidigter Sachverständiger und Versteigerer.
 Stolp. Neuformauerstraße 10.

Stadttheater

Direktion: Hans Schneider.

Heute Donnerstag 7 1/2 Uhr zum ersten Mal

Die Deutschen Kleinstädter

von Kokebue.

Nur 2 Aufführungen.

Freitag 7 1/2 Uhr

Frasquita

Der Schlager der Saison.

(Schätz ich bittl' dich, komm heut Nacht . . .)

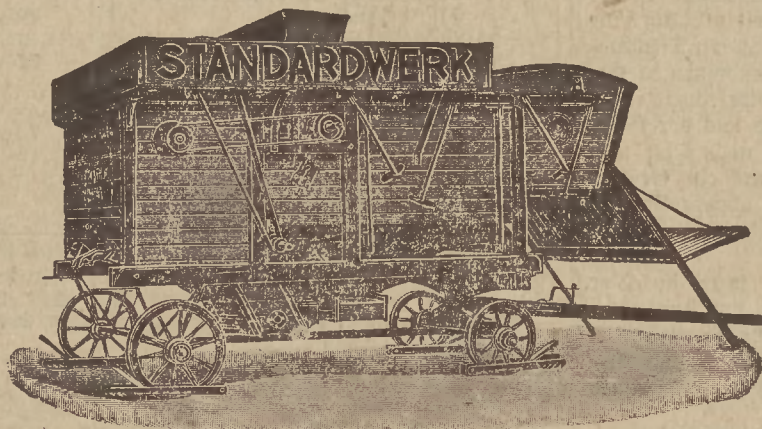
Oper in 3 Akten von Franz Lehár.

22 Mann Orchester.

Die neue Dreschmaschine

für kleinere Wirtschaften

mit doppelter Reinigung
 Entgrannung
 Siebsortierung



unter günstigen Bedingungen prompt lieferbar

GUSTAV DENZER

Stolp i. Pom.

Sparprämien-Verlosung.

Die Frist zur Einzahlung der ersten 40 Goldmark ist vom 1. Oktober auf den 15. Oktober d. Js. hinausgeschoben. Sparere, welche bis zum 15. Oktober d. Js. einschließlich das Mindestguthaben von 40 Goldmark einzahlen, nehmen also an der Sparprämien-Verlosung teil.
 Stolp, den 3. Oktober 1924.

Die Stadt-Sparkasse.

Umzüge

von und nach allen Orten, sowie in der Stadt führt aus

Paul Schmidt, Bahnspediteur
 Fernruf 67 u. 68.

Zwangs-Versteigerung.

Am Sonnabend, den 11. d. Mts., vorm. 11 Uhr werde ich Sandberg 1 folgende Gegenstände als:

1 Grudeherd, 1 elektr. Massageapparat, 1 Kleiderschrank, 2 Büffets, 3 Schreiftische, 1 Auszieh-tisch, 2 Schreibmaschinen, 1 Büchsfinte, 1 Handwagen, 1 Kredenz, 1 Flügel, 2 Teppiche, 1 Sofa, 1 Schreibsekretär, 1 Stehlampe, öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung ver-steigern.

Stolp, den 8. Oktober 1924.

Haseney,
 Gerichtsvollzieher, Rüterstr. 37

Zwangs-Versteigerung.

Am Sonnabend, den 11. d. Mts. vorm. 11 Uhr, werde ich in der Pfandkammer Sandberg 1

Schreiftische, Schreibma-schinen, 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Grammophon, Ständerlampe, 2 Teppiche, großen Posten Zigaretten u. Tabak u. a. m.

öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung ver-steigern

Scheunemann,
 Ober-Gerichtsvollzieher
 Stolp, Umlandstraße 12.

Rinderloses Ehepaar sucht möbl. Wohn- und Schlaf-zimmer m. Küchenben. entl. bei allein stehenden Leuten, denen die Wirtschaft mitge-führt würde. Offerten unter M. 3 a. Exp. d. Bl.